Stadt Landau in der Pfalz

NIEDERSCHRIFT

über die 27. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 15.02.2022,

Videokonferenz

Beginn: 17:00 Ende: 18:11

Stadt Landau in der Pfalz

Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Dr. Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Ralf Eggers

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

Die LINKE

Daniel Emmerich

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann Vertreterin für Frau Dr. Migl

FDP

Stadt Landau in der Pfalz

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete/r

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Maren Dern	(Klimaschutzmanagerin)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Rechtsamt)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Sandra Diehl	(Presse)
Dorothea Müller	Ortsvorsteherin Mörzheim
Ralph Poh	Stv. Ortsvorsteher Mörlheim

Schriftführer/in

Philipp Anslinger

Entschuldigt

Stadt Landau in der Pfalz

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl Vertreterin: Frau Kleemann

Stadt Landau in der Pfalz

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

2. Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung
   Vorlage: 300/045/2022

3. Neufassung der Feld- und Weinbergswegesatzung und Beschluss einer Starenschutzbeitragssatzung, Einstellung des Starenschutzes, Änderungen bei der Beitragserhebung
   Vorlage: 300/046/2022

4. Vergabe von Landschaftsbauarbeiten zur Sanierung und teilweise Neugestaltung des Spielplatzes in Godramstein
   Vorlage: 350/211/2022

5. Personalstelle Klimaschutz
   Vorlage: 350/213/2022

6. Kostenbeteiligung der Verbandsgemeinde Offenbach bei der erneuten Erweiterung der Grundschule Dammheim
   Vorlage: 400/233/2021

7. Teilaufhebung der „Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches Konversion Landau Süd“
   Vorlage: 610/697/2022

8. Städtebauförderprogramm "Sozialer Zusammenhalt" (ehemals Soziale Stadt) in Landau in der Pfalz; Einleitung der Aufstellung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes "Sozialer Zusammenhalt Landau Nord" (ISEK-Nord); Beteiligungsprozess
   Vorlage: 610/698/2022

9. Bebauungsplan "GS 9, Am Kalkgrubenweg"; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
   Vorlage: 610/699/2022

10. Änderung der Gemeindegrenzen Landau in der Pfalz / Offenbach
    Vorlage: 620/039/2021

11. Platzbenennung in Mörlheim
    Vorlage: 620/040/2021

12. Ablösung von Ausgleichsbeträgen gemäß § 154 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich des städtebaulichen Entwicklungsgebietes "Konversion Landau Süd" der Stadt Landau in der Pfalz
    Vorlage: 680/262/2022

13. Eintrittspreisanpassungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.04.2022
    Vorlage: 700/019/2022

14. Verschiedenes

Stadt Landau in der Pfalz

Öffentliche Sitzung

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner wurden keine Fragen gestellt.

Stadt Landau in der Pfalz

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtamtes vom 20. Januar 2022, auf welche hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr (Feuerwehrgebührensatzung)" als Satzung.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Neufassung der Feld- und Weinbergswegesatzung und Beschluss einer Starenschutzbeitragssatzung, Einstellung des Starenschutzes, Änderungen bei der Beitragserhebung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 2. Februar 2022, auf welche hingewiesen wird. Das Thema sei sehr komplex, da man auf der einen Seite die Feldwege durch Investitionen erhalten will, aber auf der anderen Seite auch die Winzer und Landwirte nicht zu sehr belasten will. Die Neufassung der Satzung ist zwingend notwendig, da es vermehrt zu Beschwerden gegen die Satzung gekommen ist und zudem auch ein Widerspruch gegen einen Festsetzungsbescheid erhoben wurde. Die neue Satzung soll nun Rechtssicherheit bringen. Die Satzung und das Vorgehen ist mit dem Bauern- und Winzerverband abgestimmt. Zudem wurde der kommunale Anteil neu festgesetzt. Auch das Thema Starenschutz wurde aktiv angegangen und eine entsprechende Satzung entworfen.

Herr Joritz erklärte, dass vor einem Jahr die Feldwegbeiträge erhöht wurden. Die Satzung wurde damals nur in Bezug auf die Beitragssätze angepasst. Der restliche Inhalt wurde allerdings nicht überprüft. Dies muss nun geschehen, da im Zuge des Widerspruchsverfahrens eine Normenkontrollklage gegen die Satzung im Raum steht. Bei der Neufassung habe man sich von einem ausgewiesenen Fachmann beraten lassen. Es wird in der neuen Satzung eine Umlegung der entstandenen Kosten geben und nicht wie bisher ein Beitrag festgesetzt. Zudem wird nicht mehr zwischen Weinberg- und Ackerflächen unterschieden. Alle Flächen werden gleichbehandelt. Auch der Gemeindeanteil wird entsprechend der aktuellen Kommentierung auf fünf Prozent reduziert. Zudem wird auch die Erhebung der Beiträge neugestaltet.
Der Starenschutz wird zusätzlich in einer eigenen Satzung geregelt.
Mit diesen Satzungen habe man eine rechtssichere Grundlage für die Erhebung der Beiträge.
Bei der Erstellung der Satzungen wurde der Verband beteiligt und dieser stimmte auch bis auf die Punkte des Gemeindeanteils und des Starenschutzes allen inhaltlichen Punkten zu.

Herr Hartmann erläuterte die Möglichkeit, die Feldwege auch über andere Zuschüsse, wie die für Radwege, mitzufinanzieren. Man plane eine Radwegverbindung aus allen Stadtdörfern in die Innenstadt. Bei dieser Planung sind alle Stadtdörfer aktiv beteiligt worden. Es stellt sich aktuell das Problem heraus, dass auch auf den Feldwegen, die als Radwege genutzt werden, die Straßenverkehrsordnung gilt. Also auch die Regelung zum zwei Meter Abstand beim Überholvorgang. Ein großer Traktor kann diesen Abstand allerdings nicht beim Überholen des Radfahrers einhalten. Dieses Problem muss noch gelöst werden. Um zu symbolisieren, dass alle Nutzer der Feldwege gleichberechtigt sind, habe man ein neues Verkehrsschild entworfen, welches diese Gleichheit besser darstellen soll.
Beim Thema Starenschutz wolle man mit allen Beteiligten nochmals das Gespräch suchen.

Frau Saßnowski dankte der Verwaltung für die Ausarbeitung der neuen Satzungen und unterstützte den Vorschlag der Verwaltung. Zudem begrüße man es, dass bis zur Stadtratssitzung nochmals Gespräche geführt werden.

Herr Eggers erklärte, dass es sehr wichtig sei, eine rechtssichere Satzung zu verabschieden. Zudem sei es gut, dass bis zur Stadtratssitzung nochmals Gespräche mit den Betroffenen geführt werden.

Frau Albrecht erklärte, dass man heute der Vorlage zustimmen werde und die noch ausstehenden Gespräche abwarten will.

Herr Freiermuth erklärte, dass die Freien Wähler die Neufassung der Satzung kritisch sehen. Wenn ein Sanierungsstau vorliegt, sei dies nicht die Schuld der Winzer. Auch sei es nicht die Schuld der Winzer, wenn die Feldwegbeiträge in den letzten Jahren nicht erhöht wurden. Die jetzt angestrebte deutliche Erhöhung der Beiträge führe verständlicherweise zu einer Verärgerung der Winzer. Auch der Umgang mit den Winzern seitens der Verwaltung sei nicht gut gewesen. Wenn Satzungen nicht gut ausgearbeitet sind, dürfe dies jetzt nicht zum Nachteil für die Winzer werden. Zudem führe es zu Unmut, wenn man als Winzer seine Flächen als Feldweg zur Verfügung stellt und dann kein Mitspracherecht bei der Gestaltung habe. Das Thema Starenschutz müsse auch von städtischer Seite angegangen werden. Es seien noch viele Fragen offen und es müssten noch viele Gespräche geführt werden. In der jetzigen Fassung könne man der Vorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Einlassungen von Herr Freiermuth nicht nachzuvollziehen sind. Die Verwaltung habe immer wieder Konzepte für eine Sanierung der Feldwege vorgelegt, allerdings wurden diese meist vom Rat abgelehnt. Es bestand zudem eine Verabredung, dass man zu Gunsten aller Beteiligter die Satzung nicht ändern wollte und sich an den Inhalt halten wird. Durch den Rechtsbehelf wurde diese Verabredung nun aufgekündigt und daher muss man eine neue Satzung erstellen Die Verwaltung bemühe sich immer um einen respektvollen Umgang mit allen Beteiligten. Allerdings fordere man diesen respektvollen Umgang auch von der anderen Seite ein.

Frau Kleemann erklärte, dass sie der Vorlage zustimmen wird.

Herr Silbernagel regte an, dass dieser Sachverhalt mit allen Beteiligten aus allen Stadtdörfern beraten werden muss. Lediglich eine Verwaltungsvorlage vorzulegen reicht nicht aus und führt zu Unmut. Als größte weinbautreibende Gemeinde Deutschlands müsse man nochmal mit den Winzern ins Gespräch gehen. Auch das Thema des Starenschutzes müsse nochmal besprochen werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Emmerich erklärte, dass die Vorlage erkennen lässt, dass viele Gespräche geführt wurden und die Verwaltung nach einer einvernehmlichen und rechtssicheren Lösung gesucht hat. Er wird der Vorlage zustimmen.

Herr Hartmann erläuterte, dass man jährlich 1,1 Mio. Euro Abschreibungen auf die Feldwege hat. Dem gegenüber stehen allerdings nur ca. 300 Tausend Euro an Feldwegbeiträgen. Das ergebe ein Defizit von über 800 Tausend Euro. Dieses Defizit kann und wird die Stadt nicht alleine bezahlen.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Beiträgen für die Feld- und Weinbergswege“ als Satzung.

2. Der Stadtrat beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Beiträgen für den Starenschutz“ als Satzung.

3. Der Stadtrat beschließt, dass der Starenschutz ab dem 01.01.2023 nicht weiter durch die Stadtverwaltung organisiert und abgerechnet wird.

4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Feld- und Weinbergswegebeiträge (und die Starenschutzbeiträge, falls noch erforderlich) ab dem 01.01.2023 analog der Erhebung wiederkehrender Beiträge für Verkehrsanlagen über eigenständige Beitragsbescheide von der Bauverwaltungsabteilung des Stadtbauamts und nicht mehr zusammen mit der Grundsteuer von der Steuerabteilung der Finanzabteilung erhoben werden.

Stadt Landau in der Pfalz

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Vergabe von Landschaftsbauarbeiten zur Sanierung und teilweise Neugestaltung des Spielplatzes in Godramstein

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 1. Februar 2022, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Kosten seien niedriger als die ersten Kalkulationen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von Landschaftsbauarbeiten zur Sanierung und teilweise Neugestaltung des Spielplatzes in Godramstein an die mindestfordernde Firma Liebertseder aus Landau in der Pfalz mit einer Auftragssumme von 75.862,50 brutto zu.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Personalstelle Klimaschutz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 3. Februar 2022, auf welche hingewiesen wird. Man werde Fördermittel für einen Zeitraum von zwei Jahren beantragen.

Herr Lerch fragte, ob die Stelle auch bestehen bleibt, wenn keine Förderung gewährt wird.

Der Vorsitzende antwortete, dass diese Diskussion dann in den Beratungen zum Stellenplan folgen wird.

Herr Silbernagel schlug vor, dass die Klimaschutzmanagerin in gewissen Abständen über ihre Arbeit berichtet.

Der Vorsitzende begrüßte diesen Vorschlag. Diese Berichte könnten beispielsweise im Umweltausschuss vorgetragen werden.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Fortführung der Personalstelle der Klimaschutzmanagerin.

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für einen Förderzeitraum von weiteren zwei Jahren zu beantragen.

Stadt Landau in der Pfalz

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Kostenbeteiligung der Verbandsgemeinde Offenbach bei der erneuten Erweiterung der Grundschule Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 20. Dezember 2021, auf welche hingewiesen wird. Der Schulträgerausschuss hat die Vorlage bereits vorberaten und einstimmig beschlossen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat beschließt den beigefügten 2. Nachtrag zur Vereinbarung über die Kostenbeteiligung an den Modernisierungskosten der Grundschule Landau-Dammheim vom 30.10.2006/03.11.2006.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Teilaufhebung der „Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches Konversion Landau Süd“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 20. Januar 2022, auf welche hingewiesen wird. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen wurde bereits beteiligt und stimmte einstimmig für die Sitzungsvorlage.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

1. Für das in der Anlage 1 gekennzeichnete bzw. in § 2 der „Satzung über die Teilaufhebung der „Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches Konversion Landau Süd““ beschriebene, in der Gemarkung Landau gelegene Gebiet, wird der Entwicklungsbereich gemäß § 162 Abs. 1 S. 2 i. V. m. § 162 Abs. 2 BauGB aufgehoben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss über die Teilaufhebung gem. § 162 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen, dem Grundbuchamt die Aufhebung des Entwicklungsvermerkes gem. § 162 Abs. 3 BauGB mitzuteilen und die Ausgleichsbeträge gem. § 154 BauGB zu ermitteln und zu erheben.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Städtebauförderprogramm "Sozialer Zusammenhalt" (ehemals Soziale Stadt) in Landau in der Pfalz; Einleitung der Aufstellung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes "Sozialer Zusammenhalt Landau Nord" (ISEK-Nord); Beteiligungsprozess

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 27. Januar 2021, auf welche hingewiesen wird.
Die Vorlage sei bereits im gemeinsamen Bau- und Sozialausschuss einstimmig beschlossen worden. Mit dem Thema wird sich zudem der Beteiligungsrat beschäftigen.

Herr Lerch erklärte, dass dieses Konzept vielleicht das sinnvollste in seiner Laufbahn als Stadtratsmitglied sei. Es betreffe das Gebiet des Horstes mit fast 8.000 Einwohnern. Durch dieses Konzept werde das Leben dieser Menschen unmittelbar verbessert. Auch sei der in Aussicht gestellte millionenhohe Förderbetrag sehr gut. Alles in allem sei es ein sehr wichtiges und nachhaltiges Projekt.

Frau Saßnowski schloss sich dieser Einschätzung an. Der Horst rückt damit den Vordergrund und man sei auf die Ergebnisse sehr gespannt.

Frau Schwarzmüller bestätigte diese positive Auffassung und lobte vor allem dem Prozess der aktiven Bürgerbeteiligung und hofft auf eine stetige Beteiligung aller Anwohner.

Herr Freiermuth lobte das Förderprogramm und sah darin eine Anerkennung des Horstes.

Frau Kleemann schloss sich der positiven Einschätzung der Vorredner an.

Herr Emmerich lobte das Projekt und forderte, dass alle Beteiligungsformate genutzt werden sollen. Man werde den Verlauf des Projekts genauestens beobachten.

Herr Silbernagel sieht in dem Projekt ein gutes Entwicklungskonzept für den Horst.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Einleitung der Aufstellung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes gemäß § 171e (Maßnahmen der Sozialen Stadt) Abs. 4 BauGB einschließlich der dazu erforderlichen Voruntersuchungen für das Voruntersuchungsgebiet „Sozialer Zusammenhalt Landau Nord“ gemäß Anlage 1.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über den Beginn der Aufstellung des ISEK „Sozialer Zusammenhalt Landau Nord“ gemäß § 171e Abs. 4 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung bei der Erstellung des ISEK „Sozialer Zusammenhalt Landau Nord“ gemäß § 171e Abs. 5 BauGB

durchzuführen. Dem in der Begründung erläuterten Beteiligungsprozessaufbau wird zugestimmt.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Bebauungsplan "GS 9, Am Kalkgrubenweg"; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 31. Januar 2022, auf welche hingewiesen wird. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und der Ortsbeirat Godramstein wurden bereits beteiligt und stimmten jeweils einstimmig für die Sitzungsvorlage.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Offenlage nach § 3 Abs.2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung vom Mai 2021 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom 08.11.2021 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zu der Entwurfsfassung vom Mai 2021 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom 08.11.2021 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs.2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zu der Entwurfsfassung vom November 2021 entsprechend den in der als Anlage 6 beigefügten Synopse vom 11.01.2022 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.

4. Der Bebauungsplan „GS 9, Am Kalkgrubenweg" wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom Januar 2022 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und die Öffentlichkeit, welche Stellungnahmen geäußert hat, von dem Abwägungsergebnis schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Stadt Landau in der Pfalz

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Änderung der Gemeindegrenzen Landau in der Pfalz / Offenbach

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Vermessung und Geoinformation vom 25. November 2021, auf welche hingewiesen wird. Der Ortsbeirat Mörlheim sei bereits beteiligt worden und hat der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat beschließt, die Gemarkungs- und Kreisgrenze nach dem Ausbau des Kreisverkehrs und der Straßenschlussvermessung zugunsten der Stadt Landau in der Pfalz gemäß dem Vorschlag 1, wie im beigefügten Lageplan dargestellt, zu ändern und damit die Gemarkung Mörlheim um eine Fläche von ca. 5.565 qm aus dem Flurstück Nr. 835/36, Gemarkung Offenbach, zu vergrößern.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Platzbenennung in Mörlheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Vermessung und Geoinformation vom 1. Dezember 2021, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Ortsbeirat hat sich positioniert, den Platz gegenüber der Ortsverwaltung, welcher keine postalische Auswirkung hat, nach dem Ritter-Stephan von Mörlheim zu benennen.

Frau Saßnowski erinnerte an die Diskussion zur Straßenbenennung in Mörzheim, welche schlussendlich nach einem Mann benannt wurde. Dort wurde von allen Fraktionen gesagt, dass in Zukunft unbedingt auch Plätze und Straßen nach Frauen benannt werden sollen. Jetzt werde schon wieder eine Ausnahme gemacht. Dies sei das falsche Signal. Es würde ein erheblicher Kollateralschaden entstehen, wenn man weiterhin nur Männernamen verwendet, da so die Verdienste und die Leistungen der Frauen ungewürdigt bleiben. Die Grünen werden diese Vorlage ablehnen.

Herr Freiermuth wiedersprach und merkte an, dass er keinen Schaden darin sieht, den Platz nach einem Mann zu benennen. Der Ortsbeirat habe klar für die vorgeschlagene Benennung gestimmt und es würde ein Schaden entstehen, wenn man die Meinung des Ortsbeirates einfach übergehen würde. Dies sei undemokratisch.

Frau Schwarzmüller erklärte, dass man zwar den Beschluss des Ortsbeirates respektieren will, aber man müsse auch den Beschluss des Stadtrates aus 2016 respektieren. Daher schlug sie einen Kompromiss vor, den Platz auch nach der Frau des Ritters Stephan zu benennen. Also in Stephan und Gepa von Mörlheim Platz. Gepa wurde nämlich auch urkundlich erwähnt und habe anscheinend auch viel geleistet. Diesen Kompromissvorschlag solle man an den Ortsbeirat zurückgeben.

Der Vorsitzende begrüßte diesen Kompromiss und schlug vor, den Vorschlag nochmal in den Ortsbeirat zu geben.

Herr Emmerich äußerte drei Kritikpunkte:
1: Man würde den Grundsatzbeschluss aus 2016 missachten.
2: Der Platz würde nach einer Person aus dem religiösem Spektrum benannt werden, was vermieden werden sollte.
3: Der Ritter Stephan hat an den Kreuzzügen teilgenommen und dies sollte man nicht noch ehren, da die Kreuzzüge nicht ehrenhaft waren, sondern geprägt von kriegerischen Auseinandersetzungen.
Der Ortsbeirat solle sich eine bessere Alternative zur Benennung des Platzes überlegen. Die Vorlage wird er ablehnen.

Herr Eggers mahnte, dass man das eindeutige Votum des Ortsbeirates respektieren und umsetzten sollte. Gemäß den Eingemeindungsverträgen ist es die Aufgabe des Ortsbeirates einen Vorschlag bei der Platz- und Straßenbenennung zu machen, da es ja auch um die Straßen und Plätze in den Ortsteilen geht. Die CDU wird sich dem Votum des Ortsbeirates anschließen.

Frau Follmann fand es sehr respektlos nach der emotionalen Diskussion über die Straßenbenennung in Mörzheim heute wieder einen Vorschlag vorzulegen, wonach ein Platz nach einem Mann benannt werden soll. Der Kompromiss, auch den Namen der Ehefrau zu verwenden erachtete sie als umso jämmerlicher, da so der Eindruck

entstehe, dass nur in Verbindung mit dem Ehemann die Ehefrau erwähnenswert sei. Sie appellierte an alle Ortsbeiräte sich mit der Historie der Dörfer auseinanderzusetzen, denn es muss bestimmt in den Aufzeichnungen erwähnenswerte Frauen geben, die für eine Straßenbenennung in Frage kommen.

Der Vorsitzende antwortete, dass er durch das Votum des Ortsbeirates dazu verpflichtet sei, den Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen.

Frau Kleemann fand den Vorschlag von Frau Schwarzmüller gut und schlug vor, den Vorschlag an den Ortsbeirat zurück zu geben.

Der Vorsitzende schlug vor, die Vorlage nicht zur Abstimmung zu geben und die Beratung an den Ortsbeirat zurück zu geben. Er mahnte zudem an, möglichst auf eine Benennung nach Personen zu verzichten.

Der Hauptausschuss stimmt diesem Vorgehen zu.

Stadt Landau in der Pfalz

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Ablösung von Ausgleichsbeträgen gemäß § 154 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich des städtebaulichen Entwicklungsgebietes "Konversion Landau Süd" der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Bauverwaltung vom 24. Januar 2022, auf welche hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Die Ablösung von Ausgleichsbeträgen für den Bereich des städtebaulichen Entwicklungsgebietes „Konversion Landau Süd" gemäß § 154 Absatz 3 Satz 2 BauGB wird zugelassen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Eintrittspreisanpassungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.04.2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlag des Zoos vom 3. Februar 2022, auf welche hingewiesen wird. Die Stadt habe eine Kostendeckung von 55 % beim Zoo, damit sich die Schere bei den Preisentwicklungen nicht zu weit auseinander bewegt.

Herr Freiermuth betonte den Bildungsaspekt des Zoos, sowie den Sozialaspekt für Landau. Die Preiserhöhung solle moderater ausfallen und daher werde man der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Dr. Blinn schloss sich den Bedenken der Freien Wähler an. Er betonte, dass die SPD geschlossen hinter dem Landauer Zoo steht und man auch die Notwendigkeit einer soliden Finanzierung verstehe. Abgesehen von dem Effekt auf den Tourismus stehe auch der Bildungsaspekt mit der Zooschule im Vordergrund. Die Finanzierung müsse zwar gesichert sein, aber man sollte es auch so vielen Menschen wie möglich ermöglichen den Zoo besuchen zu können. Vor allem der Eintrittspreis für Erwachsene von über 10 € habe eine schlechte Signalwirkung. Auch bei dem Kleingruppentarif B sehe man einen großen Sprung von 21,50 € auf 25 €., sowie bei der Erhöhung beim Familienpass. Er bat die Verwaltung um eine Prüfung, ob eine Anpassung dieser Tarife möglich wäre. Der soziale Aspekt solle nochmals geprüft werden und dann vor der Stadtratssitzung nochmals dargelegt werden. Heute werde man sich enthalten.

Herr Emmerich erklärte, dass man auch sehe, dass der Zoo gestiegene Kosten hat. Allerdings sei es im Moment der falsche Zeitpunkt für eine Erhöhung der Eintrittspreise, da angesichts der auslaufenden Pandemie der Zoo wieder besucht werden kann und man jetzt die Preise nicht erhöhe soll.

Frau Kleemann schloss sich dem Votum von Herrn Dr. Blinn an. Eine Erhöhung auf mehr als 10 € halte sie für falsch.

Herr Grassmann erläuterte, dass der Landauer Zoo im Vergleich zu anderen Zoos der Region eher klein ist, aber dass es trotzdem gewisse Grundkosten gibt, die getragen werden müssen. Die Eintrittspreise sollten daher auch im Vergleich zu den anderen Zoos stehen. Mit den jetzigen Preisen könne man schon nicht gut wirtschaften und eine Senkung der Preise komme nicht in Frage. Die Aspekte, die Herr Dr. Blinn angesprochen hat, wurden größtenteils bei dem vorliegenden Vorschlag berücksichtigt. Die Preissteigerung sei schon sehr moderat.

Herr Gies wollte wissen, wann die Preise das letzte Mal angepasst werden

Herr Grassmann antwortet, dass die Preise zuletzt 2019 angepasst wurden.

Der Vorsitzende schlug vor, dass heute nicht über die Vorlage abgestimmt wird.
Man habe ein Defizit von 900.000 € beim Zoo. Bei der Aufsichtsbehörde müsse man solche großen Defizite immer verteidigen. Um ein Signal der Geschlossenheit zu senden, solle man eine solche Erhöhung möglichst einstimmig beschließen. Er bat Herrn Dr. Blinn die aufgeführten Aspekte schriftlich an die Verwaltung zu richten und bot zudem an, diese Vorschläge vor der Stadtratssitzung im März zu prüfen. Zudem könne sich jeder bei Herrn Dr. Heckel über das Leistungsspektrum des Zoos informieren.

Der Hauptausschuss stimmte diesem Vorgehen zu.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es nichts zu protokollieren.

Stadt Landau in der Pfalz

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Philipp Anslinger
Schriftführer